



**Satzung
über die Vergabe von Bau-, Liefer- und Dienstleistungen der
Stadt Brilon unterhalb der Schwellenwerte
gemäß § 106 GWB
- Unterschwellenvergabe -**

vom 26.03.2026

S a t z u n g

über die Vergabe von Aufträgen der Stadt Brilon unterhalb der Schwellenwerte gemäß § 106 GWB

Der Rat der Stadt Brilon hat aufgrund der §§ 7 und 41 Absatz 1 Satz 2 Buchstabe f sowie § 75a Absatz 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Juli 2025 (GV. NRW. S. 618), in seiner Sitzung am 26.03.2026 folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Geltungsbereich und Auftragswertbestimmung

- 1.1 Diese Satzung regelt die Vergabe von Bau-, Liefer- und Dienstleistungen der Stadt Brilon, deren geschätzte Auftragswerte die gemäß § 106 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der jeweils geltenden Fassung festgelegten Schwellenwerte (EU-Schwellenwerte) ohne Umsatzsteuer nicht erreichen.
- 1.2 Zur Bestimmung des geschätzten Auftragswertes ist § 3 der Vergabeverordnung in der jeweils geltenden Fassung anzuwenden.
- 1.3 Sofern in dieser Satzung Beträge bezüglich des Auftragswertes genannt werden, sind diese Angaben als Nettobeträge zu verstehen.
- 1.4 Diese Satzung gilt nicht
 - a) für kommunalbeherrschte juristische Personen des öffentlichen und privaten Rechts.
 - b) für Verträge zwischen zwei oder mehreren öffentlichen Auftraggebern,
 - c) für die Vergabe sozialer Dienstleistungen nach SGB VIII und IX.

§ 2 Anwendung von Vergaberegeln

- 2.1 Die Stadt vergibt Aufträge über Bau-, Liefer- und Dienstleistungen nach Maßgabe dieser Satzung.
- 2.2 Aufträge über Bauleistungen sind Verträge über Arbeiten jeder Art, durch die eine bauliche Anlage hergestellt, instandgehalten, geändert oder beseitigt wird. Lieferaufträge sind Verträge zur Beschaffung von Waren. Dienstleistungsaufträge sind Verträge über die Erbringung von Leistungen, die nicht unter die Sätze 1 und 2 fallen.
- 2.3 Bei der Abgrenzung zwischen Bauleistungen zu Liefer- und Dienstleistungen ist § 1 VOB/A – 1. Abschnitt als Ausschlusskriterium und § 1 UVgO zu beachten. Weiterhin sind zur Abgrenzung von Bau- und Liefer- und Dienstleistungsaufträgen die §§ 103 ff. GWB zu beachten.
- 2.4 Bei Drittmittel- oder Fördermittelprojekten gelten vorrangig die jeweils anzuwendenden Vorschriften der Mittelgeber.

§ 3 Grundsätzliche Anwendung von Vergaberegeln für Bauleistungen

- 3.1 Die Dienststellen wenden grundsätzlich den Abschnitt 1 der VOB/A an, die VOB/B und die VOB/C in der jeweils aktuellen Ausgabe an. In begründeten Fällen kann abweichend von § 8a VOB/A auf die Anwendung der VOB/B und VOB/C verzichtet werden.
- 3.2 Ein **Direktauftrag** ist abweichend von § 3a Absatz 4 VOB/A bis zu einem Auftragswert von **100.000 Euro** unter Berücksichtigung der Haushaltsgrundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, sowie unter Beachtung der Grundsätze von Gleichbehandlung und Transparenz zulässig. Die Dienststellen sollen bei ihren Vergaben zwischen Unternehmen wechseln, sofern dies mit dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit vereinbar ist.
- 3.3 Abweichend von §§ 11a und 14 VOB/A können Direktaufträge **bis 25.000,00 Euro per E-Mail** durchgeführt werden. Der Grundsatz des Geheimwettbewerbs ist dabei zu beachten. Ab 25.000,00 Euro sind die Vergaben über das Vergabemanagementsystem abzuwickeln und damit eine Abwicklung über die zentrale Vergabestelle.

- 3.4 Abweichend von § 3a VOB/A können die Dienststellen zwischen den folgenden Verfahren wählen:

Freihändige Vergabe/ Beschränkte Ausschreibung:
von 100.000,00 Euro bis 1.000.000,00 Euro
ab 1.000.000,00 Euro: Öffentliche Ausschreibung

Bei allen Verfahren kann mit den Bietern über den Angebotsinhalt und die Preise verhandelt werden. Das bedeutet, dass alle Bieter, die ein wertbares Angebot abgegeben haben, die Möglichkeit eröffnet wird, ein überarbeitetes Angebot abzugeben.

- 3.5 Abweichend von § 16a Abs. 2 VOB/A dürfen Preise nachgefordert werden. Der Verfahrensablauf ist den Bietern von Beginn an mitzuteilen.
- 3.6 Bekanntgabe Öffentlicher Ausschreibungen erfolgt auf der Internetseite der Stadt Brilon sowie auf dem Vergabemarktplatz Westfalen (Cosinex).
In begründeten Fällen kann von den o. g. Wertgrenzen abgewichen werden.
- 3.7 Abweichend von § 14a Abs. 7 VOB/A wird den Bietern die Einsicht in die Niederschrift nicht gestattet.
- 3.8 Abweichend von § 4a VOB/A darf eine Rahmenvereinbarung eine Laufzeit von 6 Jahren nicht überschreiten, es sei denn, es liegt ein im Gegenstand der Rahmenvereinbarung begründeter Ausnahmefall vor.
- 3.9 Abweichend von § 5 Abs. 2 VOB/A dürfen mehrere Teil- oder Fachlose ganz oder teilweise zusammen vergeben werden, wenn wirtschaftliche, technische, zeitliche und personelle Gründe dies rechtfertigen. Die Entscheidung ist zu dokumentieren.
- 3.10 Abweichend von § 7 VOB/A sind Produktvorgaben zulässig, soweit ihre Notwendigkeit sachlich begründet und dokumentiert wird.
- 3.11 Abweichend von § 10 VOB/A sind Fristen angemessen zu bemessen. Dabei ist die Komplexität der Leistung zu berücksichtigen.
- 3.12 Abweichend von § 16a Abs. 1 VOB/A besteht keine Verpflichtung zur Nachforderung von Unterlagen. Sofern auf Nachforderungen von Eignungsunterlagen verzichtet wird, ist der Gleichbehandlungsgrundsatz in besonderem Maße zu beachten. Dies ist zu dokumentieren.
- 3.13 Für den Ausschluss von Angeboten gilt ergänzend: § 124 Absatz 1 Nummer 7 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen findet mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, dass die mangelhafte Vertragserfüllung weder zu einer vorzeitigen Beendigung des Vertrags, noch zu Schadensersatz oder einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt haben muss.
- 3.14 Die Informationspflicht nach § 20 Abs. 3 und Abs. 4 VOB/A kann im Einzelfall entfallen.

§ 4 Grundsätzliche Anwendung von Vergaberegelungen für Liefer- u. Dienstleistungen

- 4.1 Bei Aufträgen über Liefer- und Dienstleistungen unterhalb der EU-Schwellenwerte soll die Unterschwellenvergabeordnung und die VOL/ B in der jeweils geltenden Fassung angewendet werden. In begründeten Fällen kann abweichend von § 21 Abs. 2 UVgO auf die Anwendung der VOL/B verzichtet werden.
- 4.2 Ein **Direktauftrag** ist abweichend von § 14 UVgO bis zu einem voraussichtlichen Auftragswert von **50.000,00 Euro** unter Berücksichtigung der Haushaltsgrundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, sowie unter Beachtung der Grundsätze von Gleichbehandlung und Transparenz zulässig. Die Dienststellen sollen bei ihren Vergaben zwischen Unternehmen wechseln, sofern dies mit dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit vereinbar ist.
- 4.3 Abweichend von § 7 Absatz 4, §§ 39 und 40 der UVgO können Direktaufträge **per E-Mail bis 25.000,00 Euro** durchgeführt werden. Der Grundsatz des Geheimwettbewerbs ist dabei zu beachten. Ab 25.000,00 Euro sind die Vergaben über das Vergabemanagementsystem abzuwickeln und damit eine Abwicklung über die Zentrale Vergabestelle.

- 4.4 Abweichend von § 8 UVgO können die Dienststellen zwischen den folgenden Verfahren wählen:

Verhandlungsvergabe/ Beschränkte Ausschreibung: 50.000,00 Euro bis 150.000,00 Euro

ab 150.000,00 Euro: Öffentliche Ausschreibung

Bei allen Verfahren kann mit den Bietern über den Angebotsinhalt und die Preise verhandelt werden. Das bedeutet, dass alle Bieter, die ein wertbares Angebot abgegeben haben, die Möglichkeit eröffnet wird, ein überarbeitetes Angebot abzugeben. Der Verfahrensablauf ist den Bietern von Beginn an mitzuteilen.

- 4.5 Abweichend von § 41 Abs. 3 UVgO ist die Nachforderung von Preisen, möglich. In begründeten Fällen kann von den o. g. Wertgrenzen abgewichen werden.
- 4.6 Die Bekanntgabe Öffentlicher Ausschreibungen erfolgt auf der Internetseite der Stadt Brilon sowie auf dem Vergabemarktplatz Westfalen (Cosinex).
- 4.7 Abweichend von § 22 UVgO dürfen mehrere Teil- oder Fachlose ganz oder teilweise zusammen vergeben werden, wenn wirtschaftliche, technische, zeitliche und personelle Gründe dies rechtfertigen. Die Entscheidung ist zu dokumentieren.
- 4.8 Abweichend von § 23 UVgO sind Produktvorgaben zulässig, soweit ihre Notwendigkeit sachlich begründet und dokumentiert wird.
- 4.9 Abweichend von § 41 Abs. 2 UVgO besteht keine Verpflichtung zur Nachforderung von Unterlagen. Sofern auf Nachforderungen von Eignungsunterlagen verzichtet wird, ist der Gleichbehandlungsgrundsatz in besonderem Maße zu beachten. Dies ist zu dokumentieren.
- 4.10 Die Informationspflicht nach §§ 27, 30 UVgO kann in Einzelfällen entfallen.

§ 5 Leistungen im Rahmen einer freiberuflichen Tätigkeit

- 5.1 Öffentliche Aufträge über Leistungen, die im Rahmen einer freiberuflichen Tätigkeit erbracht oder im Wettbewerb mit freiberuflich Tätigen angeboten werden, sind gem. § 50 UVgO grundsätzlich im Wettbewerb zu vergeben. Dabei ist so viel Wettbewerb zu schaffen, wie dies nach der Natur des Geschäfts oder nach den besonderen Umständen möglich ist. Hierzu wird folgendes konkretisiert: das Vergabeverfahren hinsichtlich freiberuflicher Leistungen kann frei gewählt werden. Es bedarf keiner weiteren Einzelbegründung. Bei allen Verfahren kann mit den Bietern über den Angebotsinhalt und die Preise verhandelt werden. Der Verfahrensablauf ist den Bietern von Beginn an mitzuteilen. Ab 25.000,00 Euro sind die Vergaben über das Vergabemanagementsystem abzuwickeln. D. h. Abwicklung über die Zentrale Vergabestelle.

§ 6 Inkrafttreten/Übergangsregelungen

Diese Satzung tritt mit Wirkung zum 10.04.2026 in Kraft.

Für Vergabeverfahren, die bis zum 31. Dezember 2025 begonnen wurden, gelten die Kommunalen Vergabegrundsätze NRW vom 28. August 2018 in der zuletzt geltenden Fassung fort.